

Ausstieg aus der Kohlekraft

– auch für deutsche Unternehmen im Ausland!

E. Neuerbar

Nach Angaben des UN-Ausschusses für Entwicklungspolitik (UNDP) vom März 2018 wird Bangladesch eine hohe Wahrscheinlichkeit bescheinigt, bis zum Jahr 2024 den LDC-Status (*Least Developed Country*) verlassen zu können. Dieser Erfolg steht in Einklang mit der Vision 2021 und der Vision 2041, in denen die Regierung Bangladeschs ihre nachhaltigen Entwicklungsziele formuliert. Dazu gehört auch die Energiegewinnung. Was das bedeutet, erläutert der Artikel.

Laut dieser Entwicklungsziele soll Bangladesch die Gruppe der ärmsten Länder der Welt verlassen und bis zum Jahr 2041 in ein Land mit hohem Einkommen transformiert sein (*High Income Countries*, HIC). Um diese Ziele zu erreichen, bemühen sich Bangladeschs Regierungen seit Jahren, neue Energiequellen zu erschließen, um die wirtschaftliche Produktivität an die gewachsenen Ansprüche im Land anzupassen.

Bedingungen einer nachhaltigen Energiegewinnung

Zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen in Bangladesch sind sich der Notwendigkeit einer funktionierenden Energieversorgung bewusst, um Erfolge in der Wirtschaft und bei der Armutsbekämpfung zu konsolidieren und auszuweiten. In diesem Zusammenhang gehen Universitäten und zivilgesellschaftliche Organisationen in den vergangenen Jahren auch Kooperationen mit staatlichen Institutionen ein, die sich mit den Potenzialen alternativer Energieversorgung beschäftigen – mit dem Ergebnis, dass aufgezeigt werden konnte, dass der Energiebedarf des Landes zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden könnte.

Vor diesem Hintergrund kritisieren die zivilgesellschaftlichen Akteure die Regierung und ihre Strategie, die Gewinnung und Nutzung fossiler Energieträger massiv auszuweiten und erneuerbaren Energien eine nur untergeordnete Rolle zuzuschreiben. Kritik in den Medien, aus der Zivilgesellschaft oder der Wissenschaft und deren Forderungen nach Partizipation und nachhaltigem Wirtschaften werden nur unzureichend berücksichtigt. Zunehmend geraten zivilgesellschaftliche Akteure, die das aus ihrer Sicht auf Raubbauökonomie und prekäre Lohnarbeit fokussierte Entwicklungsmodell Bangladeschs kritisieren, zunehmend unter Druck.

Kohlekraftwerk in den Sundarbans

Stellvertretend für die Diskussion um nachhaltiges Wirtschaften steht der Bau des Kohlekraftwerks Rampal im Südwesten Bangladeschs. Der Bau hat für die lokale Bevölkerung bereits negative Folgen, und er droht weitere massive soziale und ökologische Verwerfungen mit sich zu bringen. Die Fichtner Gruppe aus Stuttgart ist mit technischen Komponenten am Bau des Kohlekraftwerks beteiligt.

Das Kohlekraftwerk in Rampal mit einer geplanten Energieleistung von 1320 Megawatt wird gegenwärtig nur

wenige Kilometer nördlich des UN-Weltnaturerbes der Sundarbans gebaut, dem größten und artenreichsten Mangrovenwald der Erde. Die Anlage ist ein Gemeinschaftsprojekt der staatlichen indischen *National Thermal Power Corporation* (NTPC) und des staatlichen bangladeschischen *Power Development Board*. Wissenschaftler/innen und zivilgesellschaftliche Akteure in Bangladesch und weltweit warnen, dass der Bau des Kraftwerks im großen Umfang Flora und Fauna zerstören wird. Gegenwärtig schützen die Mangrovenwälder das Binnenland und seine Bewohnerinnen wie ein natürlicher Wellenbrecher vor Zyklonen – wie zuletzt beim Wirbelsturm *Amphan* im Juni 2020. Dies ist umso bedeutender, da Studien belegen, dass im Zuge des Klimawandels Zyklone in ihrer Häufigkeit und Stärke zunehmen werden. Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass der Bau des Kraftwerks und die einhergehende Störung und Zerstörung des Ökosystems die Auswirkungen des Klimawandels noch verschärfen, die Lebensgrundlage der Bewohnerinnen zerstören und die Lokalbevölkerung ihrer Einkommensquellen berauben würde. Studien von Menschenrechtsorganisationen belegen überdies, dass zur Aneignung des für den Bau nötigen Landes bereits Menschen vertrieben und unzureichend entschädigt wurden.



Die Schifffahrtsroute entlang der Pashur- und Sela-Flüsse zwischen Mongla und der Bucht von Bengalen stellt ein hohes Risiko für den Sundarbans Nationalpark dar. Im Jahr 2014 verursachte ein havariertes Schiff eine Ölkatastrophe und verseuchte auf 80 Kilometer das Gewässer im Park.

Bild: David Stanley, flickr (CC BY 2.0)

Das Welterbe-Komitee der UNESCO hat am 4. Juli 2019 im Rahmen seiner Versammlung in Aserbaidschan die Regierung Bangladeschs wiederholt aufgefordert, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Sundarbans zu gewährleisten. Ansonsten, so kündigte das Komitee an, könnten die Sundarbans im Juli 2020 im Rahmen der nächsten Sitzung des Welterbe-Komitees auf die Liste der gefährdeten Weltnaturerbe-Stätten gesetzt werden. Internationale Investoren wie der Norwegische Pensionsfond haben NTPC wegen der Gefahren für die Umwelt bereits aus ihrem Portfolio gestrichen. Die Fichtner Gruppe, die auch am Bau eines zweiten Kohlekraftwerkes im Südosten Bangladeschs beteiligt ist (ein Bau, der aufgrund von Menschenrechtsverletzungen ebenso heftige Kritik hervorgerufen hat), reagiert bisher mit Absagen auf alle Gesprächsanfragen aus der Zivilgesellschaft in Bangladesch.

Mit der Energiewende hat sich Deutschland das große Ziel gesetzt, die Energieversorgung grundlegend umzustellen - weg von nuklearen und fossilen Brennstoffen, hin zu regenerativen Energien. Die internationalen Klimaziele können nur erreicht werden, wenn deutsche Unternehmen, die im Ausland tätig sind, diese Ziele nicht unterwandern. Proteste in Deutschland, etwa gegen die Beteiligung von Siemens an dem Bau eines Kohlekraftwerkes in Australien, haben eine immense Öffentlichkeit hervorgerufen. Diese Art von Öffentlichkeit muss aufrechterhalten werden, um die Klimaziele global erreichen zu können.

Zur Autorin

E. Neuerbar arbeitet seit mehreren Jahren zu Bangladesch und Aspekten der nachhaltigen Entwicklung.

Das Menschenrechtsnetzwerk *South Asians for Human Rights* kritisierte bereits im Zuge einer 2015 durchgeführten *Fact-Finding-Mission*, dass betroffene Bürgerinnen und Organisationen nicht angemessen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden, und dass der Bau des Kraftwerks schon beschlossene Sache gewesen sei, noch bevor notwendige Umweltgutachten erstellt wurden. Zivilgesellschaftliche Kritik an dem von der Regierung Bangladeschs später in Auftrag gegebenen Umweltgutachten blieb unberücksichtigt. Aktivist(inn)en geben zu bedenken, dass Indien mit seiner Beteiligung gegen eigene Umweltauflagen verstoße. Diese sehen vor, dass zwischen Kohlekraftwerken und ökologisch sensiblen Gebieten wie den Sundarbans mindestens 25 Kilometer Distanz liegen müssen.

Politische Anfragen in Deutschland

Im August 2017 stellte der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour die schriftliche Anfrage, wie die Sichtweise der Bundesregierung auf das Engagement der Fichtner Gruppe in Bangladesch ausfalle. In ihrer Antwort verwies die Bundesregierung auf ihre eigene Beteiligung am Naturschutz in den Sundarbans und machte deutlich, dass sie im Rahmen von Regierungsverhandlungen ihre erheblichen

Sorgen in Bezug auf das Kohlekraftwerk Rampal auch schriftlich zum Ausdruck gebracht habe. Die Bundesregierung erläuterte ferner, dass das Welterbe-Komitee der UNESCO Bangladesch im Jahr 2017 als Vertragsstaat der Welterbe-Konvention aufgefordert hat, die Errichtung des Kohlekraftwerks Rampal am gegenwärtigen Standort nicht weiter zu verfolgen. Zudem verweist die Bundesregierung darauf, dass keine öffentlichen Gelder für das Projekt bereitgestellt wurden.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, die im Februar 2019 Rampal besuchte und mit Vertreter(inne)n der Fichtner Gruppe zusammentraf, schreibt in ihrem Abschlussbericht, dass die „zu erwartende Luftbelastung, nicht zuletzt auch das hohe Schiffsaufkommen durch Kohletransporte quer durch die Sundarbans, besorgniserregende Faktoren [seien]“. Zudem wurde im Abschlussbericht die Argumentation Fichtners zu deren Beteiligung als „nicht befriedigend“ eingestuft. Der Bundestagsabgeordnete Frithjof Schmidt, der gemeinsam mit Roth Rampal besuchte, veröffentlichte im Februar 2020 eine Statement, in dem er die Bundesregierung dazu aufrief, zivilgesellschaftliche Forderungen zur Beendigung des Baus in Rampal zu unterstützen und gemeinsam mit der Regierung Bangladeschs den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben.